

5 Zur Arbeitsweise der deutschen Entwicklungspolitik

5.1 Instrumentenvielfalt der Entwicklungspolitik

Die Entwicklungspolitik der Bundesregierung kann auf einen Mix aus erprobten Instrumenten, Verfahren und Fördermöglichkeiten sowie eine Bandbreite an erfahrenen und weltweit tätigen Durchführungsorganisationen sowie nicht-staatlichen Trägern zurückgreifen. Diese Vielfalt ist eine Stärke der deutschen Entwicklungspolitik. In der nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit unterstützt das BMZ das zivilgesellschaftliche, kommunale und privatwirtschaftliche Engagement. In der multilateralen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit leistet das BMZ Beiträge an internationale Organisationen und Institutionen, deren Ziele und Aufgaben mit den langfristigen Werten und Interessen von Deutschland übereinstimmen.

Staatliche Durchführungsorganisationen – bilaterale technische und finanzielle Zusammenarbeit

Bilateral arbeitet die Bundesregierung über bundeseigene Durchführungsorganisationen mit Entwicklungs- und Schwellenländern zusammen. Die technische Zusammenarbeit (TZ) hat die Aufgabe, die Fähigkeiten von Menschen, Organisationen und Gesellschaften in den Partnerländern zu erhöhen (*Capacity Development*). Sie sollen in die Lage versetzt werden, eigene Ziele selbst besser zu verwirklichen. Leistungen der technischen Zusammenarbeit sind vor allem Beratung, in begrenztem Umfang auch die Lieferung von Sachgütern, das Erstellen von Anlagen sowie Studien und Gutachten.

Die Vorhaben der technischen Zusammenarbeit werden im Auftrag der Bundesregierung überwiegend von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH umgesetzt. Einige Leistungen werden durch spezialisierte Durchführer, insbesondere die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) und die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) erbracht. Technische Zusammenarbeit erfolgt immer als Direktleistung, die vom Empfängerland nicht zurückerstattet werden muss.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Als Bundesunternehmen unterstützt die GIZ die Bundesregierung bei der Erreichung ihrer entwicklungspolitischen Ziele. Neben zwei Unternehmenssitzen in Bonn und Eschborn hat die GIZ Standorte in 120 Ländern. Die alleinige Gesellschafterin der GIZ ist die Bundesrepublik Deutschland, die durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und das Bundesministerium der Finanzen (BMF) vertreten wird. Aufsichtsratsvorsitzende bzw. Aufsichtsratsvorsitzender ist die Staatssekretärin bzw. der Staatssekretär im BMZ.

Die GIZ führt auch Projekte für Institutionen der Europäischen Union, der Vereinten Nationen, der Privatwirtschaft und Regierungen anderer Länder durch. Das Geschäftsvolumen betrug im Jahr 2023 rund vier Milliarden Euro. Von den über 25.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind fast 70 Prozent als Nationale Mitarbeitende in den Partnerländern der deutschen Entwicklungspolitik vor Ort tätig.

Die finanzielle Zusammenarbeit (FZ) hat die Aufgabe, Investitionen der Partnerländer zu fördern. Die Bundesregierung stellt hierfür nicht rückzahlbare Zuschüsse, günstige und zinsverbilligte Kredite sowie Beteiligungskapital zur Verfügung. Verantwortliche Durchführungsorganisation für die finanzielle Zusammenarbeit ist die KfW Bankengruppe (KfW).

KfW Bankengruppe (KfW)

Die KfW fördert durch die KfW Entwicklungsbank im Auftrag der Bundesregierung Reformprozesse, Investitionen und begleitende Maßnahmen. Ziele sind, die wirtschaftliche und soziale Lage der Menschen in Partnerländern nachhaltig zu verbessern, Armut zu bekämpfen, Krisen zu bewältigen und natürliche Ressourcen zu schützen. Darüber hinaus unterstützt die KfW Entwicklungsbank die Bundesregierung bei der Umsetzung von Klimaschutzziele.

Durch den Aufbau von leistungsfähigen Finanzsystemen, die kleinen und mittleren Unternehmen neue Chancen bieten, werden Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen. In Krisenregionen trägt die KfW mit Investitionen in Beschäftigungsprogramme zur Stabilisierung des sozialen Umfelds bei.

Zusammenarbeit mit der Wirtschaft – *Partners in Transformation*

Unternehmen, Kammern und Verbände, Gewerkschaften sowie Arbeitnehmer spielen eine entscheidende Rolle bei der globalen sozial-ökologischen Transformation. Sie sind weltweit vernetzt und haben Interesse an nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung, funktionierenden Märkten und Lieferketten sowie fairen und formellen Arbeitsbedingungen. Sie verfügen über große Innovationskraft, Know-how, Effizienz und Finanzmittel. Wirtschaftsakteure sind deshalb wichtige Partner der deutschen Entwicklungspolitik.

Die Hebelung privater Investitionen für Entwicklung bleibt allerdings eine Herausforderung. Anfang 2024 hat das BMZ seine Wirtschaftskooperation mit Entwicklungsländern daher neu aufgestellt. Die Kooperation tritt jetzt unter der gemeinsamen Dachmarke *Partners in Transformation* auf.⁵⁸ Staatliche Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaftskooperationen werden besser aufeinander abgestimmt. Zudem stellt die Bundesregierung die Beratungs- und Förderangebote von Entwicklungspolitik und Außenwirtschaftsförderung kohärenter auf. Das BMZ und das BMWK arbeiten dabei an der Optimierung von Ansprechstrukturen, an einer Verschränkung der Informations- und Beratungsangebote mit Germany Trade & Invest (GTAI) und den Auslandshandelskammern. Weitere Angebote der Außenwirtschaftsförderung umfassen die Markterschließungsprogramme, Beratung zur Einhaltung von unternehmerischen Sorgfaltspflichten sowie sektorspezifische Förderinstrumenten, etwas zur Finanzierung und Absicherung konkreter Projekte einschließlich einer verbesserten Abstimmung bei der Förderung von entwicklungsförderlichen Auslandsinvestitionen. Neben der wirtschaftlichen Entwicklung der Partnerländer geht es der Bundesregierung auch darum, deutsche Unternehmen bei der Markterschließung sowie bei der Stärkung nachhaltiger und zukunftsfähiger Wirtschaftsbeziehungen zu unterstützen.

Für Unternehmen wird es damit einfacher, von Förderinstrumenten der Entwicklungszusammenarbeit zu profitieren und ihr Wissen und Kapital einzubringen. Erfolgreiche Ansätze – zum Beispiel über das Förderprogramm develoPPP⁵⁹ oder spezifische Angebote des BMWK für den Aufbau der Produktion von grünem Wasserstoff und seinen Derivaten – können damit leichter skaliert werden. Das erfolgreiche Finanzierungsprogramm AfricaConnect für den Mittelstand wurde unter dem Namen ImpactConnect auch für andere Weltregionen geöffnet.

⁵⁸ Quelle: Partners in Transformation | BMZ.

⁵⁹ Quelle: develoPPP-Programm <https://www.bmz.de/de/themen/privatwirtschaft/developp-17062>.

Die Agentur für Wirtschaft und Entwicklung (AWE) ist dabei zentrale Ansprechpartnerin der Wirtschaft für entwicklungspolitische Förderangebote des BMZ und wird weiter gestärkt. In der laufenden Legislaturperiode hat sie rund 8.400 Beratungen für Wirtschaftsakteure durchgeführt, davon 2.600 durch den Helpdesk Wirtschaft und Menschenrechte mit Fokus auf nachhaltige Lieferketten.

Die jetzt unter der Marke *Partners in Transformation* laufenden Programme mobilisierten allein im Jahr 2022 private Mittel in Höhe von mehr als einer halben Milliarde Euro.

Wirkungszahlen zur Zusammenarbeit mit der Wirtschaft

- Über das Programm ImpactConnect (früher AfricaConnect) stellt die Bundesregierung deutschen und europäischen Unternehmen Darlehen für entwicklungswirksame Investitionen zur Verfügung. Seit Anfang 2022 wurden 28 Darlehen in Höhe von 98 Millionen Euro zugesagt. Damit wurde Privatkapital in Höhe von rund 76 Millionen Euro mobilisiert. Ziele sind die Schaffung von Arbeitsplätzen, Klimaschutz, Trainingsmaßnahmen, Frauenförderung und stärkere Einbindung lokaler Unternehmen.
- Seit Anfang 2022 wurden knapp 600 develoPPP-Projekte mit einem Gesamtprojektvolumen von rund 763 Millionen Euro unterstützt. Der Anteil privater Beiträge lag bei 55 Prozent.
- Das Wirtschaftsnetzwerk Afrika (WNA), der Beitrag des BMWK zum *Compact with Africa*, fördert durch Informationen über Geschäftsbedingungen und -chancen, Beratungsgutscheine für KMU-Branchenexperten an ausgewählten Auslandshandelskammern und German Desks-Finanzierungsexperten nachhaltige Projekte der deutschen Wirtschaft in Afrika. Die WNA kooperiert in afrika-zentrierten Belangen eng mit der Agentur für Wirtschaft und Entwicklung (AWE).
- 772.000 lokale Unternehmen wurden bei der Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit unterstützt, 1,2 Millionen Menschen haben Zugang zu Finanzdienstleistungen erhalten, davon 335.000 Frauen.
- 1,8 Millionen Menschen haben Zugang zu moderner Energieversorgung erhalten, 62.700 lokale Arbeitsplätze wurden neu geschaffen oder gesichert, 50.900 Menschen arbeiten unter besseren Arbeitsbedingungen, und 62.900 Menschen erhalten höhere Einkommen.
- Die Wettbewerbsfähigkeit einer halben Million frauengeführter Unternehmen wurde verbessert. Zwei Drittel der 1,2 Millionen Menschen, die durch Weiterbildungsangebote erreicht wurden, waren Frauen.

Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft für nachhaltige Entwicklung weltweit

Nur wenn möglichst viele Menschen mit anpacken, sind die nachhaltigen Entwicklungsziele zu erreichen. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind nah am Menschen und bleiben auch in Konflikten präsent. Aus dieser Überzeugung arbeitet die Bundesregierung mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren in Deutschland und im Globalen Süden zusammen, die sich in der Entwicklungszusammenarbeit engagieren.

Immer mehr Regierungen beschränken die bürgerlichen Freiheitsrechte und damit die Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen (NRO). Demokratie und gute Regierungsführung machen die Welt aber sicherer. Daher verpflichtet sich die Bundesregierung in der Nationalen Sicherheitsstrategie, ihre Angebote zur Stärkung der lokalen Zivilgesellschaft auszubauen und damit die soziale und politische Teilhabe weltweit zu verbessern. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind eine wesentliche Grundlage für nachhaltige Entwicklung. Daher will die Bundesregierung dem Trend der eingeschränkten Handlungsräume (*shrinking spaces*) für die Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen entgegenwirken und setzt sich für *growing spaces* ein.

Diese Haltung prägt die im Mai 2024 veröffentlichte BMZ-Zivilgesellschaftsstrategie „Solidarisch internationale Verantwortung übernehmen!“. Sie entstand im intensiven Austausch mit Nichtregierungsorganisationen aus Deutschland und dem Globalen Süden. Mit der Neuausrichtung engagiert sich die deutsche Entwicklungspolitik unter anderem stärker in den folgenden Bereichen: Sie wird den politischen Dialog mit der Zivilgesellschaft intensivieren, dabei Gruppen wie zum Beispiel migrantische Organisationen einbeziehen, zivilgesellschaftliche Handlungsräume schützen, Ansätze der direkteren Förderung lokaler Akteurinnen und Akteure prüfen und pilotieren, bestehende Förderung vereinfachen und eine gleichberechtigte Teilhabe im Sinne der feministischen Entwicklungspolitik unterstützen.

Private Träger

Die Bundesregierung unterstützt über private deutsche Träger die unabhängige Zivilgesellschaft in Partnerländern des Globalen Südens. Die Vorhaben unterliegen keinen regionalen und sektoralen Vorgaben. Mit einem neuen Antragsportal bei benGo von Engagement Global mit der Möglichkeit längerer Laufzeiten und mit mehr Austauschformaten wurden in dieser Legislaturperiode einige Flexibilisierungen und Erleichterungen eingeführt, um Förderrichtlinien und Verfahren zu vereinfachen.

Kirchen

Die Entwicklungszusammenarbeit der Kirchen ist durch ihre besondere Nähe zu den Ärmsten der Armen gekennzeichnet. Die Kirchen mit ihren weltweiten Verbindungen und Fachkräften direkt vor Ort bieten oft die einzige Möglichkeit für basisnahe und den Grundbedürfnissen der Menschen dienende Entwicklungsansätze. Die kirchlichen Hilfswerke können noch aktiv sein, wenn die staatliche Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr agieren kann oder darf – insbesondere bei ungünstigen politischen Rahmenbedingungen in einem Partnerland. Aufgrund ihrer oft langjährigen vertrauensvollen Partnerschaften und Arbeit vor Ort können die Kirchen auch in akuten Krisensituationen rasch und flexibel reagieren und die staatliche Entwicklungszusammenarbeit wirkungsvoll unterstützen oder flankieren.

Politische Stiftungen

Die politischen Stiftungen verfügen über einen direkten Zugang zu den Entscheidungsträgern in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Sie genießen besonderes Vertrauen bei ihren Partnern. Das verleiht ihrer Arbeit politisches Gewicht, besondere Glaubwürdigkeit und hohe Akzeptanz. Die politischen Stiftungen fördern die politische Mitwirkung der Zivilgesellschaft, demokratische Institutionen und rechtsstaatliche Regierungsführung. Sie gestalten damit die Rahmenbedingungen, die für Entwicklung entscheidend sind.

Sozialstrukturförderung

In der Sozialstrukturförderung unterstützt die Bundesregierung Träger, die über weltweite Partnernetzwerke mit einem starken fachlichen Fokus verfügen und fest in der Zivilgesellschaft verankert sind (wie zum Beispiel die Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Kolping, der Deutsche Genossenschafts- und Raiffeisenverband, der Deutsche Volkshochschulverband, das Deutsche Rote Kreuz oder Malteser). Die Sozialstrukturförderung zielt darauf, leistungsfähige und nachhaltige Verbandstrukturen und Netzwerke zu fördern, die sich für die Verbesserung von Rahmenbedingungen wie nationale Gesetze, Normen und Budgets einsetzen. Damit ist Sozialstrukturförderung eine Form von politischer Beratung, die auf zivilgesellschaftlichem Engagement aufbaut und in vielen autoritären Kontexten zivilgesellschaftliche Schutz- und Handlungsräume offenhält.

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit

Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit weckt Interesse am Globalen Süden und verdeutlicht globale Zusammenhänge. Die Bundesregierung stärkt damit einen Resonanzboden für die weltweite Entwicklungszusammenarbeit und fördert Rückhalt in der Bevölkerung für globale Themen. Die Bildungsprogramme motivieren Kinder, Jugendliche und Erwachsene zu entwicklungspolitischem Engagement und nachhaltigem Handeln in Deutschland und unterstützen die Zivilgesellschaft bei der Umsetzung von entsprechenden Bildungsangeboten. Um diese Ziele zu erreichen, fördert die entwicklungspolitische Bildungsarbeit die strukturelle Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) mit einer globalen Perspektive in deutschen Bildungssystemen.

Die Bundesregierung baut dabei auf ihrer engen, langjährigen und guten Zusammenarbeit mit der "Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder" (KMK) und den Kultus- bzw. Schulministerien der Länder auf. Das gemeinsame Anliegen ist, BNE mit globaler Perspektive dauerhaft in den Lehrplänen der Schulen zu berücksichtigen und strukturell zu verankern, inklusive der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften. Dafür haben das BMZ und die KMK gemeinsam den Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung erstellt, dessen Erweiterung auf die gymnasiale Oberstufe derzeit in Arbeit ist.

Die Bildungskampagne #17Ziele⁶⁰ informiert über die verschiedenen Nachhaltigkeitsziele und wie alle zu deren Erreichung beitragen können. Das Programm Entwicklungsbezogene Bildung in Deutschland (EBD) bietet Informations- und Bildungsangebote in Kooperation mit regionalen Partnern. Das entwicklungspolitische Schulaustauschprogramm (ENSA) mit Schulklassen aus dem Globalen Süden und virtuellen Begegnungen über den Chat der Welten fördert Offenheit und Toleranz. Auch der Schulwettbewerb zur Entwicklungspolitik unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten und der Song Contest „EineWeltSong“ stärken Selbstwirksamkeit und Partizipation.⁶¹ An der letzten Runde 2023/2024 beteiligten sich mehr als 33.000 Kinder und Jugendliche mit kreativen Zukunftslösungen für globale Nachhaltigkeit. Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen, Verlage und die KMK kooperieren bei diesem Wettbewerb.

Das Aktionsgruppenprogramm (AGP) und das Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung (FEB) unterstützen zivilgesellschaftliche Projekte im gesamten Bundesgebiet. Sie vermitteln entwicklungspolitische Themen und motivieren entwicklungspolitisches Engagement von Kita-Kindern bis zu Seniorinnen und Senioren. Engagierte Menschen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit werden durch das von BMZ und Ländern finanzierte Eine-Welt Promotorinnen- und Promotorenprogramm vernetzt, qualifiziert und beraten.⁶²

Das BMEL unterstützt gemeinsam mit der Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) Aus- und Fortbildung im Forstbereich (*forest education*) einschließlich waldbezogener schulischer Bildung. Ziel ist es, die weltweit zunehmenden Anforderungen an die Wälder und deren Bewirtschafter durch Aus- und Fortbildung sowie Schulbildung im Sinne einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung zu adressieren. Das BMEL hat dazu mit der FAO und in Kooperation mit der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) im Frühjahr 2024 ein Pilotprojekt im Bereich schulische Bildung abgeschlossen, das Länder weltweit darin unterstützt, ihre Lehrpläne entsprechend anzureichern.

Bürgerschaftliches Engagement stärken

Die Bundesregierung fördert bürgerschaftliches Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit auf vielen Ebenen. Im Frühjahr 2023 hat das BMZ eine neue Engagement-Strategie „Engagement

⁶⁰ Quelle: <https://17ziele.de>.

⁶¹ Quelle: www.eineweltsong.de.

⁶² Quelle: www.einewelt-promotorinnen.de.

weltweit – Strategie zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der Entwicklungszusammenarbeit in und aus Deutschland“⁶³ veröffentlicht.

Das übergeordnete Ziel ist es, Bürgerinnen und Bürger dafür zu gewinnen, sich entwicklungspolitisch zu engagieren. Mit zielgruppenspezifischen Angeboten für Menschen jeden Alters, in unterschiedlichen Lebensphasen und mit verschiedenen Erfahrungshintergründen will das BMZ alle Teile der Gesellschaft ansprechen. Um dieses Ziel zu erreichen, unterstützt das BMZ eine Vielzahl an Programmen für engagierte Menschen in Deutschland. Die seit 2022 zweimal jährlich stattfindenden Bürgerwerkstätten bieten zusätzlichen Raum für Diskussionen rund um das Thema Entwicklungspolitik. Ein wichtiges Ziel der Strategie ist es, gemeinsam mit Menschen aus den Partnerländern Projekte umzusetzen, die in Deutschland und/oder in den Partnerländern zu einem oder einigen der 17 Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 beitragen. Damit wird der Austausch zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden gefördert.

Einmal jährlich verleiht die Bundesentwicklungsministerin bzw. der Bundesentwicklungsminister den Engagementpreis des BMZ. Mit ihm würdigt das Ministerium herausragendes persönliches Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit. Ausgezeichnet werden Persönlichkeiten, die in besonderer Weise an der Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 mitwirken.

Ein besonderer Fokus liegt auf der Ansprache junger Menschen, wie etwa beim Freiwilligendienst weltweit, dem Deutsch-Afrikanischen Jugendwerk (DAJW) oder dem internationalen Austausch- und Stipendienprogramm ASA. Während ihres Aufenthalts in einem Partnerland erleben die jungen Menschen im Alltag, wie sich globale Unterschiede vor Ort auswirken. Zugleich machen die jungen Freiwilligen die Erfahrung, dass ihr eigenes Engagement zählt und dass die Gemeinschaft mehr bewegt.

Engagement Global

Engagement Global übernimmt im Auftrag des BMZ die operativen Aufgaben staatlicher Engagementförderung in der Entwicklungszusammenarbeit. Als Servicestelle bündelt Engagement Global die verschiedenen Programme und Fördermöglichkeiten unter einem Dach und berät Einzelpersonen oder Organisationen, die sich ehrenamtlich einbringen wollen. Es unterstützt Vereine, Stiftungen, Schulen oder Kommunen dabei, finanzielle Förderoptionen für ihre entwicklungspolitische Projekte zu erschließen.

Bund-Länder-Kooperation in der Entwicklungspolitik

Das entwicklungspolitische Engagement der deutschen Länder ist vielfältig und ergänzt die Arbeit des Bundes. Das BMZ hat den strategischen Dialog mit den Bundesländern in der 20. Legislaturperiode weiter intensiviert und tauscht sich regelmäßig auch auf Leitungsebene über zentrale Themen der Entwicklungspolitik sowie über gemeinsame Programme aus. Dies betrifft die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit, die Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern des Globalen Südens sowie die Unterstützung der Ukraine bei der Bewältigung der Auswirkungen des russischen Angriffskrieges. Das BMZ unterstützt mit dem Bund-Länder-Programm (BLP)⁶⁴ Projekte, bei denen die Länder ihre spezifischen Interessen und Kompetenzen in die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit einbringen können. In diesem Rahmen konnten insgesamt 74 gemeinsame Projekte in 24 Partnerländern entwickelt und umgesetzt werden.

⁶³ Quelle: <https://www.bmz.de/resource/blob/154810/engagement-weltweit.pdf>.

⁶⁴ Quelle: <https://bund-laender-programm.de/de>.

Kommunale Zusammenarbeit

Bei der Umsetzung der Agenda 2030 spielen Kommunen eine entscheidende Rolle. Denn 60 Prozent der Unterziele können nur mit Unterstützung der lokalen Ebene erreicht werden. 70 Prozent der Treibhausgase und des Abfalls werden in Städten produziert. Gleichzeitig werden dort 70 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet. Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Städten; 2050 werden es mehr als zwei Drittel sein. Aus diesem Grund fördert die Bundesregierung verstärkt das entwicklungspolitische Engagement deutscher Kommunen. Bislang wurden 1.494 deutsche Kommunen und 754 kommunale Partnerschaften mit dem Globalen Süden unterstützt.

Deutsch-ukrainisches Partnerschaftsnetzwerk

Seit 2014 fördert die Bundesregierung über die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) deutsch-ukrainische kommunale Partnerschaften. Die Zahl der Partnerschaften zwischen ukrainischen und deutschen Kommunen hat sich seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine auf über 200 nahezu verdreifacht. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj haben gemeinsam die Schirmherrschaft über das deutsch-ukrainische Städtepartnerschaftsnetzwerk inne und würdigten im Rahmen der deutsch-ukrainischen kommunalen Partnerschaftskonferenz Mitte November 2023 in Leipzig die Bedeutung der kommunalen Partnerschaften. Die beteiligten Städte leisten aus eigener Kraft und mit Unterstützung des BMZ über SKEW und GIZ unmittelbare sowie an den konkreten Bedarfen orientierte, solidarische Unterstützung für ihre Partnerkommunen.

Vom 8. bis 10. Oktober 2024 fand die 16. Bundeskonferenz in Ingelheim am Rhein statt. Unter dem Motto: „Neue Impulse für globales Handeln“ lag der Fokus auf innovativen Projekten und neuen Kooperationswegen. Knapp 400 Teilnehmende aus den kommunalen Verwaltungen, der Kommunalpolitik, aus Bund, Ländern und Zivilgesellschaft nutzten dieses Austauschforum, um die Herausforderungen bei der Umsetzung der globalen Agenda 2030 auf lokaler Ebene zu diskutieren.

Instrumente der Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung

Die Bundesregierung verfügt über eine Reihe von Instrumenten und Ansätzen, um in Krisen und Konflikten zu unterstützen. Die Nationale Sicherheitsstrategie sowie die Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ bilden den strategischen Rahmen für den koordinierten, komplementären und kohärenten Einsatz dieser Instrumente. Eine besonders wichtige Rolle kommt bei Konfliktbewältigung und Friedensförderung der Zivilgesellschaft zu, die die Bundesregierung beispielsweise über den Zivilen Friedensdienst unterstützt.

Strukturbildende Übergangshilfe

Die strukturbildende Übergangshilfe ist ein reaktionsfähiges und flexibles Kriseninstrument der deutschen Entwicklungspolitik. Sie schlägt die Brücke von akuter humanitärer Hilfe zu langfristiger Entwicklungszusammenarbeit und wirkt friedensfördernd. Damit stärkt sie den in Krisen besonders wichtigen HDP-Nexus (Humanitarian-Development-Peace-Nexus). Sein Ziel ist, die Resilienz, also Widerstandsfähigkeit von besonders vulnerablen Menschen und lokalen Strukturen nachhaltig zu stärken, damit sie Krisen selbstständig bewältigen können. Gerade Frauen, Kinder und Jugendliche sowie Menschen auf der Flucht leiden unter Krisen. Die strukturbildende Übergangshilfe adressiert komplexe Krisenlagen durch multisektorale Maßnahmen entlang von vier Handlungsfeldern: Ernährung sichern, notwendige Infrastruktur und Basisdienstleistungen wiederaufbauen, Katastrophen vorbeugen und auf sie vorbereitet sein; sowie friedliches und inklusives Zusammenleben. Krisen und

Katastrophen halten sich nicht an Ländergrenzen. Daher plant die strukturbildende Übergangshilfe ihre Vorhaben krisenspezifisch und regional. Das ermöglicht eine kurzfristige Umplanung der Programme, um die Menschen in volatilen Kontexten zu erreichen. Regelmäßig wird damit die Wirksamkeit der finanzierten Programme überprüft und die so gewonnene Evidenz genutzt, um neue Programme bedarfsgerecht zu planen. Dass sich Investitionen in Resilienzstärkung lohnen, hat die Weltbank dokumentiert: Ein Euro, der in Resilienz investiert wird, ersetzt vier Euro, die sonst für humanitäre Hilfe genutzt werden müssten.⁶⁵

In Fluchtkontexten wird die strukturbildende Übergangshilfe um die Sonderinitiative „Geflüchtete und Aufnahmeländer“ (SI GA) ergänzt. Mit der neu ausgerichteten Sonderinitiative „Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme“ kommt ein weiteres Instrument der deutschen Entwicklungspolitik dazu, mit der Hunger und Mangelernährung bekämpft werden.

5.2 Kohärenz des entwicklungspolitischen Handelns

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat im *DAC Peer Review 2021* die Entwicklung einer ganzheitlichen Vision für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit über die gesamte Bundesregierung und die Durchführungsorganisationen hinweg empfohlen.⁶⁶

Der Koalitionsvertrag hat daher den Auftrag für eine stärkere Koordinierung der öffentlichen Entwicklungsleistungen (ODA-Mittel) unter den Bundesministerien gegeben. Dies ist angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine umso relevanter. Die von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 angekündigte Zeitenwende macht ein neues Denken in der Zusammenarbeit mit Drittstaaten und eine Neudefinition der deutschen Rolle im internationalen Kontext erforderlich. Eine verbesserte ODA-Kohärenz des entwicklungspolitischen Handelns kann dabei eine wichtige Rolle spielen.

Die ODA-Kohärenz befördert einen einheitlichen Außenauftritt und einen Politikdialog der Bundesregierung in und mit den Partnerregierungen. Sie zielt darauf ab, dass sich die entwicklungspolitischen Maßnahmen der Bundesrepublik in ihren Wirkungen ergänzen und gemeinsam auf die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 einzahlen. Dazu hat sich die Bundesregierung auch international vereinbarten Qualitätsstandards für die Entwicklungs- und Außenpolitik wie den *Aid Effectiveness Principles (Ownership, Alignment, Harmonisation, Managing for Results and Mutual Accountability)* sowie den VN-Grundsätzen *do no harm* und *leave no one behind* verpflichtet.

Formate für mehr Politikkohärenz

Damit die Effizienz, Wirksamkeit, Transparenz und Sichtbarkeit der entwicklungspolitischen Aktivitäten der Bundesregierung weiter verbessert werden und sich die verschiedenen entwicklungspolitischen Maßnahmen in ihren Wirkungen möglichst optimal ergänzen, stimmen sich die Bundesministerien intensiv untereinander ab. Kohärente Politik sorgt dafür, dass Steuermittel effizient eingesetzt werden.

Das Ziel der Bundesregierung ist es, insbesondere dort Kohärenz zu stärken, wo mehrere Ressorts die politischen Prioritäten der Bundesregierung umsetzen. Dies kann sowohl beim thematischen Agenda-Setting der Fall sein als auch bei der Zusammenarbeit mit besonders wichtigen Partnerländern – und wenn diese gemeinsam auf die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 einzahlen.

⁶⁵ Quelle: Lifelines: The Resilient Infrastructure Opportunity (worldbank.org).

⁶⁶ Quelle: OECD Development Co-operation Peer Reviews: Germany 2021 | en | OECD.

Als das für ODA zuständige Ressort koordiniert das BMZ den Prozess zur Ausgestaltung der verbesserten ODA-Kohärenz. Zu diesem Zweck hat das BMZ eine Runde der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre zur ODA-Kohärenz eingerichtet. Die Ressorts definieren gemeinsam Handlungsfelder, in denen sie eine verstärkte ODA-Kohärenz befördern möchten. Alle Ressorts tragen mit eigenen Anregungen, einer offenen Kommunikation und transparentem Handeln zur Umsetzung dieses Ziels bei.

Die Bundesregierung hat hierfür bereits erprobte Wege der Zusammenarbeit, zum Beispiel den Prozess der Gemeinsamen Analyse und abgestimmten Planung (GAAP) des Engagements in ausgewählten Krisenkontexten genutzt und vertieft, ebenso im Klimabereich, bei Team Europe und bei ressortübergreifenden Evaluierungen.

Beispielhaft hierfür stehen die ressortübergreifenden 12 Kernbeiträge zur Beschleunigung der Agenda 2030, die die Bundesregierung anlässlich der Halbzeitbilanz bei der Umsetzung der Agenda 2030 im Rahmen des VN-SDG-Gipfels 2023 eingebracht hat. Dort ist das zentrale Leitbild der feministischen Außen- und Entwicklungspolitik festgehalten, welches eine starke Hebelwirkung auf die Agenda 2030 insgesamt hat. Dort ist ebenfalls das Kohärenz-Ziel formuliert, wonach die Bundesregierung verstärkte Anstrengungen unternehmen will, um die negativen und entwicklungshemmenden Auswirkungen deutscher Produktions-, Konsum- und Handelsmuster auf andere Staaten (sogenannte Spillover-Effekte) zu verringern, die es gerade den Ländern des Globalen Südens erschweren, die SDGs zu erreichen. Das sind etwa schlechte Arbeitsbedingungen und Kinderarbeit in Lieferketten deutscher Unternehmen, Umweltverschmutzung und hoher Wasserverbrauch bei der Produktion von Waren oder etwa auch der Export von Plastik.

Bei den Vereinten Nationen setzt sich die Bundesregierung für mehr Kohärenz und Effizienz ein. Das von Deutschland mitfinanzierte System der Resident Coordinators erlaubt die Koordination von Aktivitäten der VN-Agenturen in Krisenkontexten und steigert so Effizienz und Synergieeffekte.

Die Bundesregierung nutzt multilaterale Foren wie die G7 und G20, die EU, internationale Konferenzen und Initiativen, nationale Strategieprozesse und Programme, Regierungsverhandlungen sowie gemeinsame Leitungs- und Arbeitsreisen, um ihre ODA-Kohärenz zu verbessern.

Hervorzuheben ist dabei die G7-Rechenschaftslegung (*Accountability*). Bereits seit 2009 unterrichtet die G7 durch jährliche Rechenschaftsberichte sowie über die damals eingerichtete *G7 Accountability Working Group* über die umfassende Nachverfolgung der entwicklungspolitischen Verpflichtungen von G7-Ländern. Deutschland hat zum Beispiel im Rahmen seiner G7-Präsidentschaft 2022 federführend einen umfassenden Rechenschaftsbericht verfasst (Elmau Progress Report) und hiermit zu einer besseren ODA-Kohärenz der G7 beigetragen.

Seit 2024 haben auch andere Ressorts die Möglichkeit, Vorschläge für ressortübergreifende Evaluierungen von ODA-Mitteln direkt beim BMZ einzureichen. Potenzial für derartige Evaluierungen gibt es insbesondere dann, wenn mehrere Ressorts substantielle Schnittstellen haben, zum Beispiel bei Engagements in Krisenkontexten oder bei der Zusammenarbeit mit internationalen Partnern zu energie- und klimapolitischen Herausforderungen. In der 20. Legislaturperiode liefen ressortgemeinsame bzw. übergreifende Evaluierungen zu zivilen Engagements der Bundesregierung im Irak und Afghanistan, zur Kreislaufwirtschaft und zur Anpassung an den Klimawandel. Damit verstärkt die Bundesregierung ressortübergreifendes institutionelles Lernen und somit auch die Ressortkohärenz.

Die Bundesregierung setzt sich im Sinne der Politikkohärenz dafür ein, dass Nachhaltigkeitskriterien in Ausschreibungsverfahren bei Partnervergaben berücksichtigt werden, einschließlich internationaler Standards zu verantwortungsvollem unternehmerischem Handeln (insbesondere VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen zu verantwortungsvollem unternehmerischem Handeln).

5.3 Wirksamkeit, Transparenz, Evaluierung und Forschung

Wirksamkeit

Die Anstrengungen, die Wirksamkeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit weiter zu verbessern, umfassen die Stärkung der evidenzbasierten Planung, eine verbesserte Wirkungsmessung und -steuerung von Vorhaben über das Lernen aus Evaluierungen ein neues Qualifizierungsprogramm für die Mitarbeitenden im BMZ, die Pilotierung innovativer Ansätze zur Wirkungsmessung und -steuerung sowie die Stärkung des Deutschen Evaluierungsinstituts der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) und des German Institute of Development and Sustainability (IDOS). Die Bundesregierung hat in dieser Legislatur eine Vielzahl an Initiativen auf den Weg gebracht. Viele davon sind bereits erfolgreich abgeschlossen.

Es gibt mittlerweile qualitativ gute und belastbare Evidenz. Daher hat das BMZ gemeinsam mit den Durchführungsorganisationen KfW und GIZ sowie mit IDOS und DEval eine Initiative zur systematischen Nutzung von Evidenz gestartet. Diese wird noch stärker in Wert gesetzt, um die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit weiter zu erhöhen. Darüber hinaus wurden Qualitätsstandards für die Wirkungsmessung des BMZ weiterentwickelt.

Die Durchführungsorganisationen der deutschen Entwicklungspolitik haben innovative Instrumente der Wirkungsmessung eingeführt und ausgebaut. Die KfW hat zum Beispiel Remote Management sowie Monitoring- & Verification-Werkzeuge entwickelt.⁶⁷ Diese Werkzeuge verbessern die Wirkungsmessung in schwer zugänglichen Regionen aus der Ferne, etwa mithilfe von Satelliten-Bildern.

Transparenz

Wer Wirksamkeit verbessern möchte, muss auch die Transparenz erhöhen. Transparenz befördert Wissenstransfer, Lernen, Rechenschaftslegung sowie Zusammenarbeit und Koordination zwischen Gebern und Partnerländern. Die Bundesregierung hat sich im Rahmen der hochrangigen Treffen für eine wirksamere Entwicklungszusammenarbeit in Paris (2005), Accra (2008) und Busan (2011) zu den internationalen Prinzipien und damit auch zu Transparenz bekannt. Deutschland war 2008 Gründungsmitglied der *International Aid Transparency Initiative* (IATI).

Als konkrete Maßnahme zur Erhöhung der Transparenz der Entwicklungszusammenarbeit wurde der offene Datensatz des BMZ weiterentwickelt. Ansporn war hierfür auch die Verpflichtung aus dem zweiten Open-Data-Gesetz von 2021, offene Verwaltungsdaten zur maschinenlesbaren Bereitstellung zeitnah umzusetzen.⁶⁸ Das BMZ ist mit dem Datensatz, der nach dem IATI-Standard erhoben und unter anderem auf GovData veröffentlicht wird, zu einem der Vorreiter für die Veröffentlichung von Open Data geworden. Darüber hinaus hat das BMZ 2023 erstmals einen offenen Datensatz für die Entwicklungsleistungen der gesamten Bundesregierung auf GovData veröffentlicht.

Um die Selbstverpflichtung aus dem Zweiten Nationalen Aktionsplan der *Open Government Partnership* und der Forderung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags aus dem Jahr 2022 zu entsprechen, hat das BMZ das Transparenzportal⁶⁹ entwickelt und im März 2023 freigeschaltet. Dort sind Informationen zu Maßnahmen enthalten, die das BMZ seit 2013 finanziert hat.

⁶⁷ Quelle: Remote Management, Monitoring and Verification (RMMV) | KfW Entwicklungsbank (kfw-entwicklungsbank.de).

⁶⁸ Quelle: §12 a Abs. 1 EGovG.

⁶⁹ Quelle: <https://www.transparenzportal.bund.de/de>.

Evaluierung

Schon bald nach der Gründung des BMZ im Jahr 1961 hat die Bundesregierung begonnen, ein ausdifferenziertes Evaluierungssystem zu entwickeln. Im Zuge internationaler und nationaler Anforderungen wie derjenigen des Bundesrechnungshofes wurde dieses Evaluierungssystem seitdem immer weiter verbessert. Denn es gilt, kontinuierlich den Nachweis zu erbringen, dass Entwicklungspolitik effizient und wirksam arbeitet.

In den 2021 in Kraft gesetzten Evaluierungsleitlinien legt das BMZ sein Evaluierungsverständnis dar. Die Leitlinien erläutern die Ziele, Prinzipien und Standards von Evaluierungen in der Entwicklungszusammenarbeit sowie die Aufgabenverteilung im deutschen Evaluierungssystem der Entwicklungszusammenarbeit.

Dabei ist das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) als eigenständiges Evaluierungsinstitut mandatiert, alle Maßnahmen mit Entwicklungsbezug unabhängig zu bewerten.⁷⁰ Zusammen mit den projektbezogenen Evaluierungen der Durchführungsorganisationen GIZ und KfW tragen die strategischen Evaluierungen des DEval dazu bei, dass sich in der deutschen Entwicklungspolitik auf allen Ebenen eine Kultur des ergebnisoffenen Lernens entfalten kann. Evaluierungen versetzen die Bundesregierung in die Lage, Entwicklungspolitik evidenzbasiert zu gestalten und sich kontinuierlich zu verbessern.

Der Prüfbericht der OECD über die deutsche Entwicklungszusammenarbeit von 2021 attestierte der deutschen Entwicklungspolitik im internationalen Vergleich starke Evaluierungskapazitäten, die international großes Ansehen genießen.⁷¹ Beispielsweise wurde in dieser Legislaturperiode mit der Umsetzung der Empfehlungen der ressortgemeinsamen strategischen Evaluierung des zivilen Engagements der Bundesregierung in Afghanistan (AA, BMI, BMZ 2023) sowie der ressortgemeinsamen Irak-Evaluierung (AA, BMZ 2022) die Wirksamkeit des Regierungshandelns in Krisenkontexten weiter gestärkt. Das DEval-Fazit „Lebensbedingungen verbessert, demokratischer Staatsaufbau gescheitert“ fasst die Afghanistan-Evaluierung kurz und prägnant zusammen. Es liefert wertvolle Schlussfolgerungen auch für entwicklungspolitisches Engagement in anderen Krisenkontexten.

Darüber hinaus waren in dieser Legislaturperiode die folgenden DEval-Evaluierungen von exemplarischem Einfluss auf entwicklungspolitische Strategien und Reformprozesse:

- Corona-Sofortprogramm des BMZ⁷²
- Förderung nachhaltiger Lieferketten⁷³
- Anpassung an den Klimawandel⁷⁴
- Menschenrechte in der deutschen Entwicklungspolitik⁷⁵

Über die Stärkung von Evaluierung in der multilateralen Zusammenarbeit, im Evaluierungsnetzwerk der OECD und über die Stärkung von Evaluierungskapazitäten in Partnerländern trägt das BMZ zudem dazu bei, dass sich eine solche Lernkultur – als Voraussetzung für nachhaltige Entwicklungserfolge – auch international verbreiten kann.

⁷⁰ Quelle: Startseite | DEval - Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit gGmbH.

⁷¹ Quelle: OECD (2021): DAC-Prüfbericht über die Entwicklungszusammenarbeit Deutschland 2021.

⁷² Quelle: DEval (2023): Evaluierung des Corona-Sofortprogramms des BMZ.

⁷³ Quelle: DEval (2023): Die Förderung nachhaltiger Lieferketten durch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit am Beispiel des Textilsektors.

⁷⁴ Quelle: DEval (2023): Anpassung an den Klimawandel – DEval 2023.

⁷⁵ Quelle: DEval (2022): Menschenrechte in der deutschen Entwicklungspolitik.

Forschung

Gute Politik braucht den ständigen Austausch mit Forschung und Wissenschaft. In einer Zeit, in der Desinformation durch „alternative Fakten“ gezielt als Waffe zur Delegitimierung ergebnisoffener Meinungsbildung eingesetzt wird, ist eine transparente Rückkopplung politischer Entscheidungen an überprüfbare Tatsachengrundlagen und gesicherte Forschungserkenntnisse wichtiger denn je.

Die Bundesregierung führt den Austausch mit der Wissenschaft deshalb auf allen Ebenen und mit einer Vielzahl von Instrumenten: Neben klassischen Beratungsprodukten – wie die Kurzanalysen des German Institute for Global and Area Studies (GIGA) oder der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) zur politischen und wirtschaftlichen Lage in den Partnerländern der Entwicklungszusammenarbeit sowie zu Krisen- und Eskalationspotenzialen – sind seit 2022 agile Austausch- und Transferformate wie das ökonomische Beratungsnetzwerk für nachhaltige Entwicklungspolitik, der wissenschaftliche Begleitkreis zum Wiederaufbau der Ukraine und der Beirat für die Hamburg Sustainability Conference getreten.

Wichtiger Wissenschaftspartner bei der Vorbereitung strategischer entwicklungspolitischer Initiativen ist das in Bonn angesiedelte German Institute of Development and Sustainability (IDOS). Es ist seit seiner Gründung im März 1964 (damals noch als Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, DIE) schrittweise von einer reinen Ausbildungseinrichtung zu einem weltweit führenden entwicklungs- und nachhaltigkeitspolitischen Think Tank gereift. Dabei spielen die gemeinsame Wissensproduktion und das wechselseitige Lernen mit Partnern des Globalen Südens eine immer größere Rolle – etwa in den Akademien *Managing Global Governance* und *Shaping Futures* sowie in der wissenschaftlichen G20-Engagement-Gruppe T20 Africa. Auch die Forschungsergebnisse zu übergreifenden Schwerpunktthemen werden zunehmend gemeinsam publiziert, so zu nachhaltigen Lieferketten, zu Megatrends Afrika, zu internationaler Steuertransparenz und zu sozialem Zusammenhalt.

Darüber hinaus fördert die Bundesregierung den wissenschaftlichen Kapazitätsaufbau in Entwicklungs- und Schwellenländern weltweit, etwa über das internationale Agrarforschungsnetzwerk CGIAR sowie über Stipendien- und Hochschulkooperationsprogramme der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD).

Die Bundesregierung hat zudem die Gründung des in Berlin angesiedelten *Africa Policy Research Institute* als erste komplett von afrikanischen und Diaspora-Forscherinnen und -Forschern betriebene Denkfabrik Deutschlands mit unterstützt.

5.4 Digitalisierung und Daten in der Entwicklungspolitik

Die Covid-19-Pandemie hatte in dieser Legislatur einen positiven Nebeneffekt auf die globale Digitalisierung. Das gilt auch für die deutsche Entwicklungspolitik: Digitale Lösungen konnten helfen, die Ausbreitung der Krankheit zu kontrollieren oder Impfprogramme zu verbessern. Sogar die Kontaktnachverfolgung in Deutschland basierte teilweise auf der offenen Softwarelösung SORMAS, die das BMZ mitentwickelt hatte, um die Ebola-Epidemie in den Griff zu bekommen und die schließlich ihren Weg bis in deutsche Gesundheitsämter fand.

Und eine weitere Entwicklung prägt derzeit die digitalpolitische Debatte weltweit wie nie zuvor: die künstliche Intelligenz (KI). KI bietet enorme Chancen, die Art und Weise, wie wir Daten analysieren und nutzen, zu revolutionieren. KI ermöglicht es, aus großen Datenmengen wertvolle Erkenntnisse zu gewinnen. Gleichzeitig ist es wichtig, die damit verbundenen Risiken zu erkennen mit ihnen umzugehen. In den falschen Händen kann KI Demokratien in ihren Grundfesten erschüttern. Daher ist es entscheidend, robuste, vertrauenswürdige und sicherheitstechnische Rahmenbedingungen zu schaffen, um diese Risiken zu minimieren. Die Bundesregierung sieht sich daher in der Pflicht, eine Technologie im Sinne ihrer Partnerländer mitzugestalten, um diese auf ihrem Weg der digitalen Transformation zu stärken und zu unterstützen. Durch die Zusammenarbeit kann darauf hingewirkt werden, dass die Vorteile der KI in der Breite zugänglich sind, während wir gleichzeitig Maßnahmen

ergreifen, um potenziellen Risiken entgegenzuwirken. Ziel ist eine möglichst nachhaltige und verantwortungsvolle Entwicklung und Nutzung von KI.

Warum Digitalisierung und Daten in der Entwicklungszusammenarbeit?

Die Vereinten Nationen schätzen, dass Daten und digitale Technologien bei mindestens 70 Prozent der 169 Unterzielen der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) eine entscheidende Rolle spielen.⁷⁶ Gleichzeitig hat fast ein Drittel der Menschen, allen voran Frauen, Mädchen und marginalisierte Gruppen primär im Globalen Süden, nach wie vor keinen Zugang zum Internet und wird damit in seiner Entwicklung massiv benachteiligt.⁷⁷

Digitalisierung ist ein Schlüssel, um weltweite Krisen besser zu bewältigen. Digitale Geldtransfers ermöglichen es zum Beispiel Staaten, ihre Bevölkerung in Notlagen schnell finanziell zu versorgen. KI kann im Kampf gegen den Klimawandel dabei unterstützen, drohende Dürren oder Extremwetter rechtzeitig zu erkennen. Daten tragen dazu bei, öffentliche Dienstleistungen auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zuzuschneiden. Sie sind zudem unerlässlich für transparentes Regierungshandeln.

Zugleich gilt es, die Herausforderungen der Digitalisierung im Blick zu behalten: Digitale Prozesse benötigen Energie und sorgen folglich für CO₂-Emissionen. Die Tendenz ist steigend – auch wegen der energieintensiven KI. Darüber hinaus verbrauchen die Produktion und der Erhalt der benötigten Hardware hohe Mengen an seltenen Ressourcen und Wasser.⁷⁸ Der ungleiche Zugang zu digitalen Technologien hängt Länder, Regionen und gesellschaftliche Gruppen noch weiter ab – gerade zwischen den Geschlechtern klafft eine gewaltige digitale Kluft. In Zeiten weltweit zunehmender autoritärer Tendenzen ermöglicht Digitalisierung aber auch die Überwachung durch Staaten oder andere Akteure, erleichtert die gezielte Manipulation durch Desinformation, schränkt den Zugang zu Informationen und damit die Meinungsfreiheit ein oder ermöglicht Menschenrechtsverletzungen wie technologiegestützte geschlechtsbasierte Gewalt.

Ziele der entwicklungspolitischen Digitalpolitik

In der internationalen Digitalpolitik setzt sich die Bundesregierung für eine globale digitale Ordnung ein, die Demokratie, Freiheit, Wohlstand, Nachhaltigkeit und Resilienz fördert.⁷⁹ Sie verfolgt einen wirkungsvollen, menschenzentrierten, fairen, freiheitlichen und nachhaltigen Ansatz zur Gestaltung der Digitalisierung auf Basis europäischer Standards und universeller Menschenrechte, die Partnerländer in ein globales, offenes, freies und sicheres Internet und faire Datenmärkte einbindet und in denen Verbraucherinnen und Verbraucher online genauso geschützt sind wie offline. Um das volle Potenzial für die soziale und ökologische Transformation in den Partnerländern zu heben, müssen Nachhaltigkeitskriterien zur Minimierung des ökologischen Fußabdrucks digitaler Technologien von Anfang an mitgedacht werden.

Ziel der deutschen Entwicklungspolitik ist eine sozial-ökologische und feministische digitale Transformation in den Partnerländern. Dabei setzt das BMZ auf die Zusammenarbeit in einem internationalen Ökosystem aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Für diese Ziele hat sich das BMZ in der aktuellen Legislaturperiode in allen digitalpolitischen Prozessen eingesetzt – ob in seiner eigenen BMZ-Datenstrategie, der nationalen oder der internationalen Digitalstrategie der Bundesregierung, im Rahmen des deutschen G7-Vorsitzes 2022 bis hin zum Global Digital Compact (GDC) der Vereinten Nationen, in dem sich die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen zu gemeinsamen

⁷⁶ Quelle: Global Acceleration Agenda.

⁷⁷ Quelle: Connectivity Report 2023.

⁷⁸ Quelle: Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP): Artificial Intelligence (AI) end-to-end: The Environmental Impact of the Full AI Lifecycle Needs to be Comprehensively Assessed - Issue Note.

⁷⁹ Quelle: Strategie für die Internationale Digitalpolitik der Bundesregierung.

Prinzipien für eine offene, freie und sichere digitale Zukunft für alle Menschen weltweit bekannt haben.

Auf europäischer Ebene hat die Bundesregierung den 2020 von Deutschland angestoßenen Digital for Development Hub (D4D Hub) der EU weiter gestärkt. Ziel dieser Plattform ist eine europäische Digital-Entwicklungspolitik aus einem Guss. 16 Mitgliedsstaaten stimmen sich im D4D Hub eng zu gemeinsamen Projekten ab.

International ist die Bundesregierung damit Vorreiterin für digitale Entwicklungszusammenarbeit und hat ihr Engagement in der vergangenen Legislaturperiode weiter ausgebaut, beispielsweise in der bilateralen finanziellen Zusammenarbeit: Kredite und Zuschussverträge für Projekte mit Digitalisierungsfokus spielen besonders in den Sektoren Schutz natürlicher Ressourcen (17 Prozent), Gesundheit (10 Prozent) und Bildung (8 Prozent) eine wachsende Rolle.

Auf multilateraler Ebene kooperiert die Bundesregierung mit den Entwicklungsbanken: Seit 2021 setzt sich das BMZ zum Beispiel über den Treuhandfonds Digital Development Partnership (DDP) der Weltbank für eine energie- und ressourcenschonende Digitalisierung ein. Die im Rahmen von DDP entwickelten Richtlinien für grüne Rechenzentren haben bereits in elf Investitionsprojekten der Weltbank mit einem Gesamtvolumen von 1,2 Milliarden US-Dollar für klimafreundliche Rechenzentren gesorgt. Zudem setzte sich die Bundesregierung unter deutschem G7-Vorsitz 2022 für die Nutzung von Digitaltechnologien zugunsten einer klimaneutralen, umweltfreundlichen und ressourcen-effizienten Wirtschaft ein.

Digitalpolitische Handlungsfelder der deutschen Entwicklungspolitik

Digitale öffentliche Güter und Infrastruktur

Das BMZ stärkt die digitale Souveränität der Partnerländer, indem es digitale öffentliche Güter und Infrastruktur bereitstellt. Dazu gehören elektronische Zahlungssysteme oder Lösungen zum Datenaustausch oder Identitätsmanagement. Zum Beispiel können Kleinbäuerinnen und Kleinbauern mit Hilfe digitaler Zahlungssysteme Kredite für Saatgut in Anspruch nehmen und sich gegen Ernteausfälle versichern; lokale Händlerinnen und Händler können mit ihrem Versandgeschäft ins Internet expandieren, ohne Zahlungsausfälle fürchten zu müssen.

Das BMZ unterstützt im Rahmen seiner GovStack-Initiative die öffentliche Verwaltung in Entwicklungsländern mit digitalen Bausteinen. Dank einheitlicher Standards und Schnittstellen können damit kostengünstig unterschiedlichste digitale Dienstleistungen erstellt und an lokale Bedürfnisse angepasst werden – zum Beispiel für soziale Sicherung, Geburtenerfassung oder Gesundheitsversorgung. Seit der Gründung von GovStack im Jahr 2020 wurde der GovStack-Ansatz in neun Partnerländern pilotiert.

Faire Regulierung der Digitalwirtschaft

Regulierung der Digitalwirtschaft kann helfen, die digitale Teilhabe zu fördern oder die von der Bevölkerung eines Landes erzeugten Daten zu deren Nutzen zur Verfügung zu stellen. Die Bundesregierung unterstützt daher Partnerländer bei einer fairen Regulierung, die den Zugang zum Internet vereinfacht, digitale Klüfte schließt, für gute Arbeitsplätze und fairen Wettbewerb sorgt, Nachhaltigkeit stärkt und die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger schützt. Dabei sind europäische Standards die Richtschnur.

Auf europäischer Ebene setzt sich die Bundesregierung dafür ein, mit gemeinsamen Regeln einen grenzübergreifenden pan-afrikanischen Datenmarkt zu schaffen. In Kenia hat das BMZ im Rahmen der Initiative Data Economy zum Aufbau einer nationalen Datenplattform für die Landwirtschaft (Agricultural Sector Data Gateway) beigetragen. In Senegal wurde die Regierung bei der Erarbeitung

einer nationalen Datenwirtschaftsstrategie unterstützt, die mit offenen Daten neue Geschäftschancen für Unternehmen der Digitalwirtschaft eröffnen soll.

Für faire Arbeitsbedingungen auf digitalen Plattformen unterstützt das BMZ die Fairwork-Initiative, eine Kooperation der Universität Oxford und des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung. Fairwork bewertet die Arbeitsbedingungen auf digitalen Plattformen öffentlich und berät die Betreiber bei der Verbesserung ihrer Arbeitsstandards. Seit 2021 hat das Fairwork-Projekt 289 Plattformen in 24 Ländern bewertet und konnte über 170 einzelne Verbesserungen anstoßen wie etwa Mindest- oder lebenssichernde Löhne, mehr Mitspracherechte, bessere Verträge und Arbeitszeiten. Das kommt Millionen Menschen zugute.

Aufbau digitaler Kompetenzen

Digitale Kompetenzen sind inzwischen Grundlage für soziale, politische und wirtschaftliche Teilhabe und Schlüsselqualifikation für viele Berufe. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt vor allem junge Menschen, insbesondere Frauen, beim Ausbau ihrer digitalen Kompetenzen, um ihre Chancen auf Teilhabe und Beschäftigung zu erhöhen: In der Multi-Stakeholder-Partnerschaft EQUALS engagiert sich das BMZ für den Aufbau von digitalen Kompetenzen für Frauen und Mädchen. So werden über das Projekt „Generation Digital!“ Bildungsakteurinnen und -akteure in 25 afrikanischen Partnerländern unterstützt, um die digitalen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen zu stärken.

Mit *atingi* betreibt die Bundesregierung seit 2019 eine eigene Online-Lernplattform, die digitale Kompetenzen vermittelt. Der Zugang ist kostenlos und Nutzerinnen und Nutzer erhalten nach Abschluss ein Zertifikat. Heute nutzen rund eine Million Lernende *atingi*, davon mehr als 40 Prozent Frauen.

Gleichzeitig stärken digitale Kompetenzen Menschen in Kriegs- und Krisenzeiten: Das BMZ fördert daher auch Aufklärung und Vorbeugung, um die Verbreitung von Desinformation einzudämmen: Der Online-Kurs *Digital Enquirer Kit* beispielsweise vermittelt Sicherheit im digitalen Raum, verbessert Medien- und Informationskompetenz und unterstützt Lernende, sich vor den Auswirkungen von Falschinformation sowie digitaler geschlechterbasierter Gewalt zu schützen.

Die Bundesregierung fördert in Zusammenarbeit mit der Deutschen Welle Akademie darüber hinaus auch gezielt im journalistischen Bereich: Der digitale Newsroom „Colmena“ unterstützt Medienschaffende dabei, die journalistische Qualität auch unter schwierigen Bedingungen in Kriegs- und Krisensituationen aufrechtzuerhalten.

Künstliche Intelligenz

Die Initiative „FAIR Forward – Künstliche Intelligenz für alle“ vermittelt in sieben afrikanischen und asiatischen Partnerländern Know-how und entwickelt Open-Source-Lösungen, um den Zugang zu KI für Regierungen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft der Partnerländer zu öffnen. So konnten sich mehr als 80.000 Menschen über Online-Kurse von FAIR Forward weiterbilden. Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Bereitstellung von Trainingsdaten, zum Beispiel um KI für die Übersetzung von im Markt vernachlässigten Sprachen zu trainieren. Seit 2019 wurden Sprachdaten für mehr als 150 Millionen Menschen gesammelt und zur Verfügung gestellt, u. a. in Swahili, einer wichtigen Verkehrssprache in Ostafrika. Die Initiative entwickelt auch KI-Anwendungen für mehr Klimaschutz in Afrika und Asien, beispielsweise die automatisierte Auswertung von Satellitendaten für indonesische Behörden im Bereich Waldschutz.

Evidenzbasiertes Arbeiten in der Entwicklungspolitik

Wissen, was funktioniert und in Echtzeit nachjustieren können – auch bei der Steuerung, der Auswertung und beim Design von Entwicklungsprojekten können digitale Tools einen Qualitätsunterschied machen. Hierzu wurde 2022 das BMZ-Datenlabor ins Leben gerufen. Das Datenlabor entwickelt moderne Daten- und KI-Lösungen, um Partnerländer effektiver und effizienter bei der Erreichung der Agenda 2030 zu unterstützen – vor allem mit künstlicher Intelligenz.

Hierfür arbeitet das BMZ-Datenlabor mit internationalen Partnern zusammen. Gemeinsam mit UNDP hat das BMZ den *Data-to-Policy-Navigator* entwickelt, der politische Entscheiderinnen und Entscheider bei der Verwendung von Datenanalysen und KI-basierten Ansätzen für Entscheidungen und administrative Abläufe unterstützt.

Digitale Ökosysteme im Globalen Süden fördern

Mit lokalen Digitalzentren unterstützt die Bundesregierung ihre Partnerländer gezielt bei der Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Diese Digitalzentren haben seit 2021 über zwei Millionen Menschen weltweit zu digitalpolitischen Themen informiert und weitergebildet. Die Digitalzentren arbeiten eng mit den jeweiligen Partnerregierungen, der Zivilgesellschaft, kleinen und mittelständischen Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und lokalen Partnern zusammen. Die inzwischen 22 Digitalzentren bilden zusätzlich untereinander ein weltweites Netzwerk, in dem sie Wissen und Praxiserfahrung zu digitalen Lösungen über eine öffentliche Plattform weltweit teilen.

5.5 Der Beauftragte der Bundesregierung für weltweite Religions- und Weltanschauungsfreiheit

Aufgaben des Beauftragten

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 und der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte von 1966 sehen jeweils in Artikel 18 einen umfassenden Schutz der Religions-, Weltanschauungs- und Gewissensfreiheit vor. Dieser umfasst sowohl das Recht, eine religiöse oder weltanschauliche Überzeugung zu „haben“, als auch das Recht, diese individuell oder kollektiv auszuüben und öffentlich zu bekunden. Dazu gehört das Recht, die Religion oder Weltanschauung zu wechseln und das Recht der Eltern, ihre Kinder entsprechend zu erziehen. Dieses Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit wird allerdings weltweit in vielen Einzelfällen massiv verletzt oder infrage gestellt auch gegenüber religiösen Minderheiten und Menschen, die sich keiner Religion anschließen wollen. Durch Kabinettsbeschluss vom 5. Januar 2022 ist das Mitglied des Deutschen Bundestages, Frank Schwabe, in das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit berufen worden.

Die Aufgaben des Beauftragten umfassen drei Schwerpunkte:

- das Monitoring der weltweiten Religions- und Weltanschauungsfreiheit mit einem systematischen Länderansatz,
- den internationalen Dialog zu Fragen der Religions- und Weltanschauungsfreiheit sowie
- die federführende Erstellung des Berichts der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit in enger Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt im zweijährigen Turnus.

Dieses am BMZ angesiedelte Amt ermöglicht es, sich in Fragen gesellschaftlicher Orientierungs- und Wertedebatten verstärkt weltweit für den Menschenrechtsansatz der Bundesregierung einzusetzen.

Das Amt flankiert die im BMZ und AA umgesetzte Berücksichtigung des Beitrages der Religionen für nachhaltige Entwicklung und Krisenprävention.

Multilaterales Engagement und internationale Vernetzung

Einer der Schwerpunkte der Arbeit des Beauftragten lag in der 20. Legislaturperiode auf der Religionsfreiheit Indigener. Dazu richtete er im November 2022 eine internationale Konferenz in Berlin aus. Neben indigenen Vertreterinnen und Vertretern aus Asien, Afrika, Nord- und Lateinamerika beteiligten sich auch religiöse Akteurinnen und Akteure sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an den tiefgehenden Debatten. Die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Dr. Nazila Ghanea, ergänzte mit Erkenntnissen aus einem eigenen Bericht. Deutlich wurde, wie sehr Auseinandersetzungen um Territorien sowie die Verletzung der Religionsfreiheit Indigener miteinander zusammenhängen. Um die Religionsfreiheit Indigener weltweit besser zu schützen, eignen sich internationale Vertragswerke wie das Übereinkommen über Indigene Völker (ILO 169) sowie Regelungen zur Konsultation und Zustimmung zu Bergbau- und Infrastrukturprojekten (*Free, Prior and Informed Consent*).

Die Potenziale von Religion zur Stärkung europäischer Demokratien wurden intensiv in einer Konferenz im Mai 2024 in Berlin diskutiert, die gemeinsam mit dem Europarat ausgerichtet wurde. Vertreterinnen und Vertreter der christlichen, muslimischen und jüdischen Religionsgemeinschaften betonten vor allem die Möglichkeiten, über die Religion in der Ausgestaltung gesellschaftlicher Debatten verfügt. In einer Zeit, in der europäische Demokratien unter Druck stehen, sind Religionsgemeinschaften und ihre Mitglieder wichtige Akteure, die glaubhaft den Respekt vor allen Menschen vertiefen und das Bewusstsein schärfen können, dass der Mensch einerseits eine zerbrechliche Existenz und andererseits zum Einsatz für höhere Ziele berufen sei.

Teil der Arbeit des Beauftragten ist die internationale Vernetzung. Ziel ist es, den Austausch und die Handlungsbasis im Einsatz für aufgrund ihrer Religion oder Weltanschauung Verfolgte und die länder- und institutionenbezogene gemeinsame Analyse- und Aktionsfähigkeit zu verstärken. In diesem Zusammenhang ist der deutsche Beitritt zur International Religious Freedom or Belief Alliance (IRFBA/Article 18 Alliance, A18A) im Jahr 2024 zu sehen. Der Beauftragte bringt sich aktiv in die Arbeit ein und richtete im Oktober 2024 die International Ministerial Conference on Freedom of Religion or Belief in Berlin mit dem Schwerpunkt Religions- und Weltanschauungsfreiheit und Künstliche Intelligenz aus.

Mehr als 150 Teilnehmende, darunter Vertreterinnen und Vertreter von 30 Regierungen, aus Parlamenten, Zivilgesellschaft, Religionsgemeinschaften, Wissenschaft und Unternehmen tauschten sich zum Einfluss von KI-Design und -Anwendungen auf die Religions- und Weltanschauungsfreiheit, zur Rolle sozialer Medien und zur weltweit wachsenden Überwachung und transnationalen Repression aus. Als Konferenzergebnis wurde ein internationaler Folgeprozess mit Regierungen, Zivilgesellschaft, Unternehmen, Religionsgemeinschaften und Wissenschaft zur Stärkung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit im digitalen Raum initiiert.

Regionale Schwerpunkte

Einen Schwerpunkt der Arbeit des Beauftragten bildet die Lage im Irak. In einem der ältesten Siedlungsgebiete des Christentums steht heute das weitere kirchliche Leben ebenso wie das historisch gewachsene Miteinander der Religionen auf dem Spiel. Darüber hinaus liegt ein Fokus der Arbeit auf der schwierigen Situation der êzîdischen Minderheit im Land. Im Rahmen des intensiven deutschen Engagements in dieser Region reiste der Beauftragte im April 2023 sowie im September 2024 nach Bagdad, Erbil und in das Gebiet Sindjar. In Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern von Religionsgemeinschaften, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft wurde deutlich, dass die Regierung des

Zentralirak und sogar im größeren Umfang die Regierung der Region Kurdistan-Iraks sich darum bemühen, die religiöse Vielfalt im Land zu erhalten. Gleichzeitig wirkt der Terror des sogenannten Islamischen Staates (IS) immer noch nach. Vertriebene religiöse Minderheiten wie Êzidinnen und Êziden sowie Christinnen und Christen kehren nur langsam in ihre traditionellen Siedlungsgebiete zurück oder migrieren ins Ausland. Die êzidische Minderheit setzt sich vehement für eine konsequentere Aufarbeitung des Genozids und für Wiedergutmachung für Überlebende ein. Die Bundesregierung unterstützt die Aufarbeitung der Verbrechen des IS. Darüber hinaus ermöglichen durch das BMZ geförderte Projekte besseren Zugang zur psychotherapeutischen Versorgung vor allem für betroffene Frauen und Mädchen. Regelmäßig gibt es Berichte von christlichen und anderen Minderheiten über bürokratische Anforderungen, welche die irakische Verwaltung den Minderheiten auferlegt. Die Bundesregierung spricht diese Problematik regelmäßig im Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der irakischen und kurdischen Regierung an.

In Nigeria befindet sich zwar die islamistische Terrorgruppe Boko Haram seit Jahren auf dem Rückzug, dennoch kommt es immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und terroristischen Anschlägen vorwiegend auf Christinnen und Christen, zuletzt zum Beispiel im Mai 2022 und im Dezember 2023 im Middle Belt. Im Land unterstützt das BMZ interreligiöse Dialoge und Versöhnungsprozesse. Die Situation der Frauen im Land und die Potenziale, die Religionen zur Verbesserung der Lage beitragen können, sind ebenfalls Bestandteil der Gespräche des Beauftragten.

In Guatemala ging es um die Würdigung des Beitrages der indigenen Weltanschauung („Kosmovision“) bei demokratischer Transition, der Stärkung der Partizipation und Repräsentanz, aber auch um Fragen der Transformation zur Nachhaltigkeit in allen Dimensionen, insbesondere was den Erhalt der Biodiversität angeht. Im Zentrum der Gespräche des Beauftragten mit den Maya-Vertreterinnen und -Vertretern stand die Bitte nach der deutschen Kooperation im Kampf gegen einen Extraktivismus, der das Übereinkommen 169 über indigene Völker der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verletzt. Die ILO-Konvention 169 ist das einzige rechtlich bindende internationale Vertragswerk, das einen umfassenden Schutz der Rechte indigener Völker zum Gegenstand hat. Deutschland hat die ILO-Konvention 169 im Jahr 2021 ratifiziert, und 2022 trat das Abkommen in Kraft.

Dritter Bericht zur Lage der weltweiten Religions- und Weltanschauungsfreiheit

Der Beauftragte der Bundesregierung für weltweite Religions- und Weltanschauungsfreiheit legte im November 2023 den 3. Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit vor. Er stellt die Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit anhand von Länderberichten und zwei länderübergreifenden aktuellen Themen vor und umfasst den Zeitraum von 2020 bis 2022.

In dem Bericht wird aufgezeigt, wie Religionen und Weltanschauungen den Einsatz für die Demokratie stärken und eine menschenrechtlich basierte, ethisch orientierte sowie ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung fördern können. Dafür ist die effektive Gewährung von Religions- und Weltanschauungsfreiheit Voraussetzung.

Die Religions- und Weltanschauungsfreiheit indigener Völker ist ein Schwerpunkt. Indigene Völker sind nicht nur von massiven und systematischen Verletzungen ihrer Landrechte, sondern auch von Verletzungen ihrer Religions- und Weltanschauungsfreiheit betroffen. Die Religionsfreiheit indigener Völker ist erst in jüngster Zeit in den Fokus der Menschenrechtspolitik gerückt. Expertinnen und Experten sind sich heute mehr denn je bewusst, dass die Debatte über den Schutz der Wälder und des Klimas nicht ohne die Berücksichtigung von Land-, Religions- und Weltanschauungsfreiheitsrechten indigener Völker geführt werden kann.

Der Bericht erschien zur Halbzeit der Agenda 2030. Immer deutlicher wird, dass neben den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Faktoren für die Umsetzung der Agenda 2030 auch die kulturell-politischen Aspekte einer stärkeren Aufmerksamkeit bedürfen. Weltanschauungen und Religionen sind prägend für die kulturell-politischen Dimensionen der Transformation. Mit dem

thematischen Schwerpunkt „Religion und nachhaltige Entwicklung“ nimmt der Bericht einen Impuls auf, der in der parlamentarischen Debatte des zweiten Berichtes verschiedentlich eingebracht wurde, und berücksichtigt dabei in besonderer Weise die Nachhaltigkeitsziele Gesundheit und Wohlergehen (SDG 3), Geschlechtergerechtigkeit (SDG 5) und Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen (SDG 16).

Der Bericht benennt Maßnahmen, mit denen der Beauftragte, das BMZ und die Bundesregierung zu Achtung, Schutz und Gewährleistung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit weltweit beitragen. Dazu zählen beispielsweise das Engagement für die Umsetzung der ILO-Konvention 169 und die Anwendung des FPIC-Prinzips als wichtigen Beitrag zum Menschenrechtsschutz indigener Völker.

Impressum

HERAUSGEBER

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Kommunikationsstab: Öffentlichkeitsarbeit, digitale Kommunikation

REDAKTION

Referat L2, Politische Planung

STAND

Dezember 2024

GESTALTUNG

Atelier Hauer + Dörfler GmbH, Berlin

BILDNACHWEIS

Titel: Nelson Antoine/Shutterstock
Vorwort: Steffen Kugler

Diese Publikation wird von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.